

Neubau der  
Energietransportleitung  
**ETL 180.100**  
**Covestro Energiekorridor West –  
Brunsbüttel Covestro Nordost**

Unterlagen zum Antrag auf 1. Planänderung vor Fertigstellung gemäß  
§ 43 d EnWG i.V.m. § 141 (6) LVwG SH

Anlage 1

**Erläuterungsbericht**

Dokument

180\_100\_2\_05\_10\_Erläuterungsbericht\_00

Datum, Revision

26.05.2023, Revision 00

---

Vorhabenträgerin:



**Gasunie Deutschland Transport Services GmbH**

Pasteurallee 1  
30655 Hannover

Tel. (0511) 640 607 – 0

eMail [info@gasunie.de](mailto:info@gasunie.de)

Internet [www.gasunie.de](http://www.gasunie.de)

Projektleitung: Dr. Arndt Heilmann

Genehmigungsplanung: M. Sc. Anton Kettritz

Die vorliegende Unterlage wurde erstellt von:



**GME GbR**

c/o Giftge Consult GmbH  
Stephanstraße 12  
31135 Hildesheim

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung .....</b>	<b>6</b>
<b>2 Rechtlicher Rahmen.....</b>	<b>7</b>
<b>3 Planänderungen .....</b>	<b>9</b>
3.1 Mess- & Regelstation Brunsbüttel Covestro Nordost.....	9
3.2 Anpassung Trassenverlauf unterirdische Verlegung .....	9
3.3 Anpassung Grunderwerbsverzeichnis und Wegerechtspläne.....	9
3.4 Folgeänderung der naturschutzfachlichen Unterlagen .....	9
<b>4 Weitere Anlagen .....</b>	<b>10</b>

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Abkürzung</b>	<b>Erläuterung</b>
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung
ASiG	Arbeitssicherheitsgesetz
BaustellV	Baustellenverordnung
BBodSchV	Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung
DepV	Deponieverordnung
DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
ETL	Energietransportleitung
FSRU	Floating Storage Regasification Unit
GasHDrLtgV	Verordnung über Gashochdruckleitungen
GasNZV	Gasnetzzugangsverordnung
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung
KKS	Kathodische Korrosionsschutz
LBO	Landesbauordnung
LKS	lokaler (kathodische) Korrosionsschutz
LNG	liquified natural gas
LWG	Landeswassergesetz
MuR-Station	Mess- und Regelstation
PGC	Qualitätsmessung
SPS	speicher-programmierbare Steuerung
USV	unterbrechungsfreie Stromversorgung

# 1 Einleitung

Die Gasunie Deutschland Transport Services GmbH (GUD) hat am 16.12.2022 gemäß § 43 Abs. 1 Nr. 6 EnWG in Verbindung mit § 141 Abs. 6 LVwG die Errichtung und den Betrieb der Anbindungsleitung ETL 180.100 inklusive aller für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen vom Covestro Energiekorridor West bis Brunsbüttel Covestro Nordost als 2. Bauabschnitt des Gesamtvorhabens ETL 180 beim Amt für Planfeststellung Energie (AfPE) in Kiel beantragt. Gegenstand des Gesamtvorhabens ist der Anschluss der in Brunsbüttel geplanten LNG-Kapazitäten in Gestalt eines landgebundenen LNG-Terminals sowie – zeitlich vorrangig – einer schwimmenden Anlage zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung verflüssigten Erdgases (FSRU) an das Gasfernleitungsnetz der GUD im Bereich Hetlingen.

Das Vorhaben fällt in den Anwendungsbereich des Gesetzes zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG-Beschleunigungsgesetz - LNGG) und ist nach dessen § 3 für die sichere Gasversorgung Deutschlands besonders dringlich. Für das Vorhaben wird die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der Bedarf zur Gewährleistung der Versorgung der Allgemeinheit mit Gas gesetzlich festgestellt. Die schnellstmögliche Durchführung des Vorhabens dient dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland und ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Um den Zielsetzungen des LNGG gerecht zu werden, soll der Bau der ETL 180.100 (ETL 180, 2. Abschnitt) spätestens bis zum Ende des Jahres 2023 abgeschlossen werden.

Nachdem GUD die Plangenehmigung der ETL 180.100 (ETL 180, 2. Abschnitt) am 16.12.2022 beantragt hatte, wurde die Plangenehmigung am 28.02.2023 erteilt.

Im Zuge der detaillierten Abstimmungen und Planungen der Bauausführung ergaben sich neue Erkenntnisse, die Anpassungen in Hinblick auf die genehmigten Maßnahmen erforderlich machen. Die hieraus resultierenden Änderungen sind in vorliegendem Antrag auf 1. Planänderung zusammengefasst. Im Erläuterungsbericht werden die jeweiligen Änderungen sowie deren Verursachung aufgeführt bzw. die Notwendigkeit begründet.

In den Anlagen sind die überarbeiteten Fassungen der zugehörigen Dokumente bzw. Planunterlagen beigelegt. Hierbei sind die Änderungen im Vergleich zu den ursprünglichen Antragsunterlagen in blauer Farbe markiert. Die beigelegten Anlagen ersetzen die jeweiligen Dokumente bzw. Pläne der Antragsunterlagen.

Die Revision des Grunderwerbsverzeichnisses ist ebenfalls beigelegt.

Die aus den Änderungen resultierenden Anpassungen bezüglich der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung sind in dem beiliegenden Landschaftspflegerischen Begleitplan berücksichtigt.

Die Pläne und Dokumente, die von dieser 1. Planänderung betroffen sind, werden in Kapitel 4 (Weitere Anlagen) einzeln aufgelistet. Dort erfolgt auch ein Verweis auf die entsprechenden Anlagen der Plangenehmigungsunterlagen vom 16.12.2022 mit jeweiliger Dateibezeichnung.

## 2 Rechtlicher Rahmen

Die nachfolgend in Kapitel 3 beschriebenen Anpassungen stellen Änderungen der mit Antrag vom 16.12.2022 eingereichten und mit Plangenehmigung vom 28.02.2023 zugelassenen Planung nach Erteilung der Plangenehmigung und vor Fertigstellung des Vorhabens dar. Auf solche Änderungen ist gemäß § 43d Satz 1 EnWG die Vorschrift des § 76 VwVfG mit der Maßgabe anwendbar, dass im Falle des § 76 Abs. 1 VwVfG von einer Erörterung abgesehen werden kann. Nach § 76 Abs. 1 VwVfG bedarf es eines neuen Planfeststellungsverfahrens, wenn vor Fertigstellung des Vorhabens der festgestellte Plan geändert werden soll. Nach § 76 Abs. 2 VwVfG kann die Planfeststellungsbehörde bei Planänderungen von unwesentlicher Bedeutung von einem neuen Planfeststellungsverfahren absehen, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben. In diesem Falle kommen die Verfahrensregelungen der §§ 73, 74 VwVfG insgesamt nicht zur Anwendung, sondern es gelten die allgemeinen Vorschriften (vgl. Weiß, in Schoch/Schneider, Verwaltungsrecht, 3. EL August 2022, § 76 VwVfG Rn. 100). Eine Anhörung nach § 28 Abs. 1 VwVfG erübrigt sich deshalb für die zustimmenden Betroffenen, da nach § 28 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG von einer Anhörung abgesehen werden kann, wenn von den tatsächlichen Angaben eines Beteiligten, die dieser in einem Antrag oder einer Erklärung gemacht hat, nicht zu seinen Ungunsten abgewichen werden soll. Die Regelung des § 28 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG dient der Verfahrensökonomie und beruht auf dem Gedanken, dass eine Anhörung zusätzlich zu den bereits vorliegenden Angaben des Betroffenen überflüssige Förmerei wäre und deshalb entbehrlich ist (vgl. Ramsauer, in Kopp/Ramsauer, VwVfG, 23. Auflage 2022, § 28 Rn. 64). Selbst wenn man dieses Regelbeispiel für nicht einschlägig hielte, wäre bei der Zustimmung eines Betroffenen ein zumindest vergleichbarer Fall gegeben, der ein Absehen von der Anhörung ermöglicht, weil sie nach den Umständen des Einzelfalls nicht geboten ist (vgl. § 28 Abs. 2 1. Hs. VwVfG).

Führt die Planfeststellungsbehörde in den Fällen des § 76 Abs. 2 VwVfG oder in anderen Fällen einer Planänderung von unwesentlicher Bedeutung ein Planfeststellungsverfahren durch, so bedarf es nach § 76 Abs. 3 VwVfG keines Anhörungsverfahrens und keiner öffentlichen Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses. In diesem Fall genügt eine individuelle Beteiligung der bekannten Betroffenen sowie ggf. in ihren Aufgabenbereichen berührter Behörden und Umweltvereinigungen. Die Beteiligung der von der Änderung Betroffenen richtet sich wiederum nach § 28 VwVfG (vgl. BVerwG, Beschluss vom 1. April 2016, Az. 3 VR 2.15, juris, Rn. 18; VGH Mannheim, Urteil vom 30. September 2020, Az. 5 S 969/18, juris, Rn. 59). Auch im Falle der Durchführung eines Verfahrens nach § 76 Abs. 3 VwVfG gelten daher die vorstehend skizzierten Grundsätze zur Entbehrlichkeit einer Anhörung derjenigen Eigentümer, die der Planänderung bereits zugestimmt haben.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung im Sinne von § 76 Abs. 2 VwVfG, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und wenn die beabsichtigte Änderung die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt. Maßgeblich ist, ob die Änderung im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung unerheblich ist, ob also Umfang, Zweck und Auswirkungen des Vorhabens im Wesentlichen gleich bleiben und nur bestimmte räumlich und sachlich abgrenzbare Teile geändert oder ergänzt werden sollen. Es kommt hingegen für die Frage der Unwesentlichkeit nicht darauf an, ob die Belange von Betroffenen durch die Änderung stärker berührt werden als durch die ursprüngliche Planung (vgl. BVerwG, Urteile vom 09.02.2017, Az. 7 A 2.15, juris, Rn. 26; vom 06.11.2013, Az. 9 A 14.12, juris, Rn. 126, vom 17.12.2009, Az. 7 A 7.09, juris, Rn. 22; OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 02.12.2019, Az. OVG 1 S 59.19, juris,

Rn. 35). Es kommt also nicht auf den Umfang der Änderung als solcher an, sondern auf den Einfluss der Änderung auf das Abwägungsgeflecht, das dem zu ändernden Planfeststellungsbeschluss zugrunde lag. Eine Planänderung ist daher von unwesentlicher Bedeutung, wenn sie Abwägungsvorgang und Abwägungsergebnis nach Struktur und Inhalt nicht berührt, also die Frage sachgerechter Zielsetzung und Abwägung im Sinne der Gesamtplanung nicht erneut aufwerfen kann. Sinn des § 76 Abs. 2 VwVfG ist es, in allen Fällen, in denen das Plangefüge in seinen Grundzügen unberührt bleibt, auf ein neues Planfeststellungsverfahren und damit auch auf eine erneute Beteiligung zu verzichten. Denn die Funktion des Planfeststellungsverfahrens ist es, die Abwägung einem Verfahren der allseitigen Erörterung zu öffnen (vgl. BVerwG, Urteil vom 20.10.1989, Az. 4 C 12.87, juris, Leitsatz 2 und Rn. 26 f.).

Nach diesen Maßstäben handelt es sich bei den hier beantragten Maßnahmen der 1. Planänderung um eine Änderung von unwesentlicher Bedeutung. Das Plangefüge bleibt in seinen Grundzügen unberührt; Umfang, Zweck und Auswirkungen des Vorhabens bleiben im Wesentlichen gleich. Bei der in Kap. 3.1 beantragten Änderung handelt es sich nicht um eine weitergehende Flächeninanspruchnahme als die bereits plangenehmigte, sondern lediglich um eine Verschiebung der eingezäunten Stationsfläche der Mess- und Regelstation (MuR) 980 Brunsbüttel Covestro Nordost um ca. 20 m in südliche Richtung auf dem bereits von der Plangenehmigung betroffenen Grundstück. Die unter 3.2 beschriebene Trassenverschiebung begrenzt sich auf wenige Meter des Trassenverlaufs, betrifft wiederum keine neuen Grundstücke und erfolgt zudem – ebenso wie die Verschiebung der MuR auf ausdrücklichen Wunsch der Covestro Deutschland AG als Eigentümerin bzw. Erbbauberechtigte. Die beantragten Änderungen sind kleinräumig und führen – sowohl relativ im Vergleich mit dem bereits plangenehmigten Vorhaben als auch absolut – nicht zu zusätzlichen belastenden Auswirkungen von einigem Gewicht. Die zur ursprünglichen Planung angestellten naturschutzrechtlichen und landschaftspflegerischen Erwägungen gelten unverändert auch für die nur im Detail angepasste Planung. Insgesamt lassen die hier beantragten Planänderungen die mit der Planung verfolgte Zielsetzung ebenso in ihrer Struktur unberührt wie die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange. Die Änderungen lassen das Plangefüge in seinen Grundzügen unberührt.

Soweit sich durch die Änderungen eine im Vergleich zur bisherigen Planung abweichende oder zusätzliche Inanspruchnahme privater Grundstücksflächen ergibt, wird die schriftliche Zustimmung der betroffenen Eigentümerin / Erbbauberechtigten, der Covestro Deutschland AG, vorgelegt. Damit liegt auch die zweite Voraussetzung des § 76 Abs. 2 VwVfG für einen Verzicht auf ein erneutes Planfeststellungsverfahren vor.



## **3 Planänderungen**

### **3.1 Mess- & Regelstation Brunsbüttel Covestro Nordost**

Auf Wunsch der Covestro Deutschland AG wurde in der weiterführenden (Ausführungs-) Planung der Mess- und Regelstation (MuR) 980 Brunsbüttel Covestro Nordost die Lage der Station an die örtlichen Verhältnisse angepasst. Die eingezäunte Stationsfläche wurde ca. 20 m in südliche Richtung innerhalb des Blocks 7150 verschoben.

Durch die Verschiebung der Stationsfläche sind keine neuen Flurstückseigentümer betroffen, es ändern sich lediglich die Flächen der dauerhaften und vorübergehenden Inanspruchnahmen.

Die Änderungen sind in den Lageplänen 180\_100\_2\_05\_02\_02\_Lagepläne\_2000\_Blatt03\_01 und 180\_100\_2\_05\_02\_02\_Lagepläne\_2000\_Blatt04\_01, den Wegerechtsplänen 180\_100\_2\_05\_07\_02\_Wegerechtspläne\_2000\_Blatt03\_01 und 180\_100\_2\_05\_07\_02\_Wegerechtspläne\_2000\_Blatt04\_01 sowie im Ergänzungslageplan dargestellt.

### **3.2 Anpassung Trassenverlauf unterirdische Verlegung**

Durch die unter 3.1 Einleitung Mess- & Regelstation Brunsbüttel Covestro Nordost beschriebene Verschiebung der MuR 980 sowie auf Wunsch der Covestro Deutschland AG wurde die unterirdische Verlegung beim Verlassen des Covestro-Geländes angepasst. Die vorhandene Erschließungsstraße des Industriegebietes wird nun rechtwinklig gequert. Die Trasse verläuft ausschließlich auf den bereits in der Plangenehmigung betroffenen Flurstücken.

Die Änderungen sind in den Lageplänen 180\_100\_2\_05\_02\_02\_Lagepläne\_2000\_Blatt03\_01 und 180\_100\_2\_05\_02\_02\_Lagepläne\_2000\_Blatt04\_01 und den Wegerechtsplänen 180\_100\_2\_05\_07\_02\_Wegerechtspläne\_2000\_Blatt03\_01 und 180\_100\_2\_05\_07\_02\_Wegerechtspläne\_2000\_Blatt04\_01 dargestellt.

### **3.3 Anpassung Grunderwerbsverzeichnis und Wegerechtspläne**

Im Bereich von Trassen-km haben sich die Eigentumsverhältnisse für einzelne Flurstücke geändert, die Änderungen wurden in die entsprechenden Unterlagen vorgenommen (180\_100\_2\_05\_07\_02\_Wegerechtspläne\_2000\_Blatt02\_01 und 180\_100\_2\_05\_07\_01\_Grunderwerbsverzeichnis\_01).

### **3.4 Folgeänderung der naturschutzfachlichen Unterlagen**

Hinsichtlich der Ermittlung und Bewertung der durch die 1. Planänderung erfolgenden zusätzlichen Eingriffe wurde die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung des Landschaftspflegerischen Begleitplans fortgeschrieben (LBP, PGV Anlage 8.1) und der zusätzliche Kompensationsbedarf ermittelt. In der Gesamtschau betrachtet unterscheiden sich diese zusätzlichen Eingriffe in Qualität und Ausmaß nicht wesentlich von den bereits plan genehmigten Eingriffen. Die Inhalte der Maßnahmenblätter des LBP gelten unvermindert fort und sind auch auf die zusätzlichen Flächen anzuwenden. Eine Gesamtfortschreibung des LBPs ist daher nicht erforderlich.

Zusätzlich wird eine Umweltverträglichkeits- Vorprüfung durchgeführt. Entsprechende Unterlagen werden gesondert eingereicht.

## 4 Weitere Anlagen

- Anlage 2      Lagepläne Anlage 2.2 PGV  
                 180\_100\_2\_05\_02\_02\_Lagepläne\_2000\_Blatt03\_01  
                 180\_100\_2\_05\_02\_02\_Lagepläne\_2000\_Blatt04\_01
- Anlage 3      Bauwerks- und Stationsverzeichnis Anlage 3 PGV  
                 180\_100\_2\_05\_03\_Bauwerksverzeichnis\_01
- Anlage 4      Grunderwerbsverzeichnis Anlage 7.1 PGV  
                 180\_100\_2\_05\_07\_01\_Grunderwerbsverzeichnis\_01
- Wegerechtspläne Anlage 7.2 PGV  
                 180\_100\_2\_05\_07\_02\_Wegerechtspläne\_2000\_Blatt02\_01  
                 180\_100\_2\_05\_07\_02\_Wegerechtspläne\_2000\_Blatt03\_01  
                 180\_100\_2\_05\_07\_02\_Wegerechtspläne\_2000\_Blatt04\_01
- Anlage 5      Landschaftspflegerischer Begleitplan Anlage 8.1 PGV  
                 180\_100\_2\_05\_08\_01\_LBP\_02
- Bestands- und Konfliktplan Anlage 8.2 PGV  
                 180\_100\_2\_05\_08\_02\_Bestands-, Konfliktplan-Maßnahmenplan\_02
- Anlage 6      Ergänzungslageplan Mess- und Regelstation (MuR) 980 Brunsbüttel  
                 Covestro Nordost  
                 180\_100\_2\_05\_04\_02\_01\_01\_Ergänzungslageplan\_01